

Protokoll 5. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Juni 2018, 17.00 Uhr bis 19.04 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Peter Anderegg (EVP), Markus Baumann (GLP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Christina Schiller (AL), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--|--|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2018/201</u> * | Weisung vom 30.05.2018:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ),
Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017 | FV |
| 3. | <u>2018/202</u> * | Weisung vom 30.05.2018:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Staubstrasse, Festsetzung | VTE |
| 4. | <u>2018/212</u> * | Weisung vom 06.06.2018:
Stadtkanzlei, Neufestlegung der Anzahl Wahlbüromitglieder | STP |
| 5. | <u>2018/205</u> *
E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss
(Grüne) vom 30.05.2018:
Ausarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für den Zoo Zürich | VTE |
| 6. | <u>2018/206</u> *
E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Karin Meier-Bohrer
(Grüne) vom 30.05.2018:
Schulwegerleichterungen für Schülerinnen und Schüler, die den
Ferienhort besuchen | VSS |
| 7. | <u>2017/401</u> | Weisung vom 22.11.2017:
Liegenschaftenverwaltung, Immobilien Stadt Zürich und Grün
Stadt Zürich, Areal Guggach, Quartier Unterstrass, Projektie-
rungskredit für Wohnsiedlung (Eventualverpflichtung), Schul-
anlage und Quartierpark, Abschreibung Motion | FV
VHB |
| 8. | <u>2018/118</u> A/P | Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom
21.03.2018:
Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung
der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben
durch Entsorgung und Recycling (ERZ) | VTE |

10. [2017/264](#) A/P Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 23.08.2017: VTE
Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

109. **2018/109**
Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2018:
Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben für die Schulsozialarbeit

Walter Angst (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 20. Juni 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

110. **2018/219**
Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.06.2018:
Formel-E-Autorennen in Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Erfolgreiches Autorennen in der Stadt Zürich

Der Julius Baer E-Prix 2018 am Abstimmungs-Sonntag war ein Volksfest für Zürich. Über 60 Jahre musste die Schweiz ausharren bis es endlich wieder soweit war. Zusammen mit den Metropolen Hongkong, Mexiko City, Rom, Paris oder New York ist Zürich nicht nur Teil der Formel E Meisterschaft, sondern wird bereits als das Monaco der Formel E gefeiert. Bei traumhaften Wetter und imposanten Filmaufnahmen vom Uetliberg bis zum Zürichsee sowie vom Wettkampf wurde Zürich weltweit ins beste Licht gesetzt.

Mit dieser privaten Veranstaltung wird erreicht, dass der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort Zürich weiter gefördert wird. Davon profitieren auch das Gewerbe, die Wirtschaft sowie die rund 300 Automobilzulieferer-Unternehmungen mit 24'000 Arbeitsplätze. Es entstehen zukunftssträchtige und nachhaltige Arbeitsplätze. Ein grosser Dank geht deshalb an die Initianten, den Veranstalter, aber vor allem an den "besorgten Bürger" aus Schwamendingen, unseren Ratskollegen Roger Tognella der für die politischen Entscheide den Weg bereitete.

Weit über 100'000 begeisterte Personen verfolgten das Rennen vor Ort, aber ein Vielfaches mittels Übertragung in die Wohnstube. Tempo 200 anstatt 30 km/h und dies ohne grossen Lärm und ohne Abgase. Wir erlebten die Zukunft des Automobils, welches aber bereits Gegenwart und Realität ist. Tempo 30 aus Lärmschutzmassnahmen ist Vergangenheit oder eine Forderung von Ewiggestrigen. Aber keine Panik, die SVP wird jetzt nicht Tempo 200 innerorts fordern oder nur bei einem Wettkampf wie diesem. Die SVP unterstützt die Absicht, dass Zürich zum Monaco des Formel E Rennkalenders wird. Nicht nur SVP-Parlamentarier verfolgten das Rennen auf der Tribüne sondern bis ins linke Lager erfreuten sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier am Rennen. Hoffen wir, dass die Spassbremsen und Ewiggestrigen den Anlass nicht verhindern werden, nur weil sie den Anlass nicht wollen. Es ist ihr gutes Recht, diesen Anlass nicht gut zu finden, aber vereiteln Sie nicht den Spass der Anderen.

Positiv anzumerken ist, dass die Firma ABB als Titelsponsorin der Formel E, der Stadt Zürich anlässlich des 30-jährigen Jubiläums ihrer Fusion ein grosszügiges Geschenk gemacht hat. Hoffen wir, dass für die 30 Schnellladestationen zentrale Standorte gefunden werden können.

G e s c h ä f t e

- 111. 2018/201**
Weisung vom 30.05.2018:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 11. Juni 2018

- 112. 2018/202**
Weisung vom 30.05.2018:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Staubstrasse, Festsetzung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 11. Juni 2018

- 113. 2018/212**
Weisung vom 06.06.2018:
Stadtkanzlei, Neufestsetzung der Anzahl Wahlbüromitglieder

Zuweisung an das Büro gemäss Beschluss des Büros vom 11. Juni 2018

- 114. 2018/205**
Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 30.05.2018:
Ausarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für den Zoo Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

115. 2018/206

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 30.05.2018:

Schulwegerleichterungen für Schülerinnen und Schüler, die den Ferienhort besuchen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

116. 2017/401

Weisung vom 22.11.2017:

Liegenschaftenverwaltung, Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Areal Guggach, Quartier Unterstrass, Projektierungskredit für Wohnsiedlung (Eventualverpflichtung), Schulanlage und Quartierpark, Abschreibung Motion

Antrag des Stadtrats

1. Zur Ausarbeitung des Vorprojekts für die Wohnsiedlung der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen auf einer Fläche von rund 8300 m² (Eventualverpflichtung) und zur Ausarbeitung der Bauprojekte für die Realisierung einer Schulanlage sowie eines Quartierparks auf je 5000 m² des Projektperimeters «Guggach III», Quartier Unterstrass, wird der vom Stadtrat am 22. November 2017 mit STRB Nr. 959/2017 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 370 000.– um Fr. 6 030 000.– auf Fr. 7 400 000.– erhöht.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Die Motion, GR Nr. 2013/405, von Gabriela Rothenfluh und Dr. Esther Straub (beide SP) vom 20. November 2013 betreffend Areal an der Ecke Hofwiesen-/ Wehntalerstrasse, Erstellung einer kommunalen Wohnbausiedlung oder einer Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, wird abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Gabriela Rothenfluh (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Wiedervorlage der Projektierungsweisung mit erweiterter Kapazität für Schule (18 statt 12 Klassen). Die Planung soll Wege aufzeigen, die Kapazitätserweiterung von 12 auf 18 Klassen sofort oder bei Bedarf zu realisieren.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
 Minderheit: Christina Schiller (AL), Referentin; Urs Fehr (SVP), Martin Götzl (SVP)
 Enthaltung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Përparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 25 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
 Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
 Enthaltung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Përparim Avdili (FDP), Christina Schiller (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 17 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Përparim Avdili (FDP), Urs Fehr (SVP), Anjushka Früh (SP), Martin Götzl (SVP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christina Schiller (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Zur Ausarbeitung des Vorprojekts für die Wohnsiedlung der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen auf einer Fläche von rund 8300 m² (Eventualverpflichtung) und zur Ausarbeitung der Bauprojekte für die Realisierung einer Schulanlage sowie eines Quartierparks auf je 5000 m² des Projektperimeters «Guggach III», Quartier Unterstrass, wird der vom Stadtrat am 22. November 2017 mit STRB Nr. 959/2017 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 370 000.– um Fr. 6 030 000.– auf Fr. 7 400 000.– erhöht.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Die Motion, GR Nr. 2013/405, von Gabriela Rothenfluh und Dr. Esther Straub (beide SP) vom 20. November 2013 betreffend Areal an der Ecke Hofwiesen-/ Wehntalerstrasse, Erstellung einer kommunalen Wohnbausiedlung oder einer Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Juni 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. August 2018)

117. 2018/118

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.03.2018:
Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben durch Entsorgung und Recycling (ERZ)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3887/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Walter Angst (AL) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 68 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

118. 2017/264

**Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 23.08.2017:
Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3154/2017).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Patrik Hadi Huber (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung zur Förderung der für ein neues Kompetenzzentrum Vertikalbegrünung vorzulegen. Folgende Ziele sollen dabei im Fokus stehen Dieses Kompetenzzentrum hat u.a. folgende Aufgaben:

- Förderung der Vertikalbegrünungen bei Privaten und der öffentlichen Hand durch Beratung und Information
- Schaffung von Anreizen, um Vertikalbegrünungen zu realisieren
- Schaffung von Möglichkeiten, wie Vertikalbegrünungen auch durch die Nutzung von öffentlichem Grund realisiert werden können

Markus Knauss (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden und ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Motion wird mit 81 gegen 37 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

119. 2018/220

Postulat von Guy Krayenbühl (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) vom 13.06.2018:

Alternierende Durchführung des Formula E-Rennens auch in anderen Schweizer Städten

Von Guy Krayenbühl (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) ist am 13. Juni 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob das Formula E-Rennen „Julius Bär Zürich E-Prix“ in den kommenden Jahren allenfalls nicht auch alternierend in anderen Schweizer Städten durchgeführt werden kann.

Begründung:

Am 10. Juni 2018 fand in Zürich das erste Formula E-Rennen der Schweiz statt. Die Durchführung dieses Anlasses in der Schweiz ist zu begrüßen, da die Schweiz ein wichtiger Forschungsstandort im Bereich E-Mobilität ist und der Anlass von grossen Schweizer Unternehmen unterstützt wird. Die Begeisterung der Bevölkerung für den Anlass war gross, doch hat er bei der betroffenen Bevölkerung im Quartier Enge auch zu einigem Ärger geführt. Vor diesem Hintergrund soll der Stadtrat zusammen mit den privaten Organisatoren prüfen, ob der Anlass ab 2020 alternierend auch in anderen Schweizer Städten, wie z.B. Genf, Lausanne, Basel, St. Moritz oder Bern, unter einem Label wie „Schweiz Urban E-Prix“, durchgeführt werden könnte. In diesem Zusammenhang könnte auch eine engere Zusammenarbeit der teilnehmenden Städte zum Thema E-Mobilität geprüft werden.

Mitteilung an den Stadtrat

120. 2018/221

Interpellation von Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.06.2018:

Formel-E-Rennen in der Innenstadt, Einschätzung der Eignung des Durchführungsorts und Voraussetzungen für eine erneute Bewilligung des Rennens sowie künftige Mitsprache der Anwohnerinnen und Anwohnern und des Gemeinderats

Von Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 13. Juni 2018 folgende Interpellation eingereicht worden:

Am 10. Juni 2018 hat in der Stadtzürcher Innenstadt das Formel-E-Rennen und damit ein weiterer Grossevent stattgefunden. Der Bewilligungsprozess und die Nutzung des öffentlichen Raums hat bereits im Vorfeld des Rennens für intensive Diskussionen in Politik, Medien und unter Anwohner*innen geführt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat und die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet der Stadtrat die Innenstadt nach Durchführung des Rennens grundsätzlich als geeigneten Durchführungsort für eine solche Veranstaltung? Wie kommt der Stadtrat zu dieser Einschätzung? Inwiefern und wie konkret haben die Erfahrungen aus der Durchführung des Rennens die Einschätzung des Stadtrats beeinflusst?
2. Die FIA hat auf ihrem Rennkalender bereits den 9. Juni 2019 als Austragungsdatum der nächsten Durchführung publiziert. Gibt es seitens der Stadt irgendeine Form der Verpflichtung, dieses Rennen zu bewilligen? Oder ist ev. davon auszugehen, dass mit dieser vorzeitigen Publikation des Datums Druck auf die Bewilligungsorgane ausgeübt werden soll?
3. Wird der Stadtrat eine weitere Durchführung erneut bewilligen? Wenn ja, aus welchen Gründen? Wenn nein, weshalb nicht? Welche Rückmeldungen plant der Stadtrat bei einem erneuten Bewilligungsge-such zu berücksichtigen?
4. Wäre der Stadtrat bereit, eine referendumsfähige Vorlage über die Durchführung eines solchen weiteren Rennens zu erlassen?
5. Wie schätzt der Stadtrat nach der Durchführung des Rennens die Vereinbarkeit des Rennens mit den Bedürfnissen der Anwohner*innen ein? Erachtet der Stadtrat in Anbetracht der Dauer und der Intensität der Beeinträchtigung der Quartierbevölkerung, des Umfangs der baulichen Massnahmen, der Umweltbelastung, der Verkehrseinschränkungen etc. die Durchführung weiterer Rennen als sinnvoll und verhältnismässig? Welche Äusserungen der Anwohner*innen sind an den Stadtrat herangetragen worden?
6. Wie schätzt der Stadtrat mit den Strassensperren die Erreichbarkeit ihrer Räumlichkeiten für Anwohner*innen und Gewerbetreibende ein? War nach Ansicht des Stadtrates die Erreichbarkeit zu jeder Zeit immer zufriedenstellend gewährleistet? Wie kommt der Stadtrat zu dieser Einschätzung?
7. Wie schätzt der Stadtrat die Information der Betroffenen bezüglich der Strassensperren ein? In der Presse wurden 2 Veranstaltungen und 1 Flyer erwähnt. Die Veranstalter erreichten aber nur einen Teil der Betroffenen, die zu dem Zeitpunkt zudem nicht wussten, dass sie betroffen sind. Der Flyer erwähnte nur einen Teil der betroffenen Strassen im Vergleich zur Medienmitteilung der Stadtpolizei. Das führte nach unseren Informationen zu sehr viel Verwirrung und Ärger.
8. Ist dem Stadtrat bekannt, dass die Homepage des Veranstalters die Strassensperrungen ebenfalls nur unvollständig auflistete? Das machte es für die Betroffenen unmöglich, sich rechtzeitig um Alternativen zu bemühen. Wurde dies in den Gesprächen mit den Veranstaltern thematisiert?
9. Seitens der Anwohner*innen wurde insbesondere lärmintensive Nacharbeiten während der gesamten Auf- und Abbauphase beklagt. Weshalb wurden solche lärmintensiven Arbeiten in die Nachtstunden verlegt? Wurden Lärmmessungen durchgeführt?
10. Wie viele Beschwerden sind bei der Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Rennens eingegangen?
11. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass auch die Wohnbevölkerung in der Enge sich vor einer allfälligen erneuten Bewilligung äussern kann? Welche Rückmeldungen sind bis dato eingetroffen? Ist geplant, eine Umfrage unter den Anwohner*innen zu machen, bevor eine erneute Durchführung bewilligt wird?
12. Während insgesamt wie vielen Stunden war der öffentliche Verkehr in der Stadt Zürich wegen der Durchführung dieses Rennens unterbrochen resp. beeinträchtigt?
13. Wurde das Funktionieren der Telefonnummern für dringende Fälle überprüft? Gab es Telefonanrufe, die zu konkreten Aktionen führten? Anmerkung: Aufgrund von Rückmeldungen am Freitag vor dem Rennen, in denen sich empörte Anwohnerinnen und Anwohner bei Gemeinderät*innen meldeten, die von den falschen Angaben im Flyer irregeführt wurden, haben diese selbst versucht, über die Hotline der Stadt bzw. der Organisatoren kurzfristig noch etwas zu erreichen, ohne irgendeine Person zu erreichen, die sich auch nur ansatzweise für zuständig erklärt hätte.
14. Wie hoch war die Umweltbelastung für Auf- und Abbau der Renninfrastruktur? Wie viele Lastwagenfahrten waren dafür nötig?
15. Seitens des Stadtrates wird die positive Ausstrahlung für die Stadt Zürich eines solchen Grossanlasses hervorgehoben. Ist dieser Effekt für die Stadt Zürich auf irgend eine Art messbar (z.B. Hotelübernachtungen und dergleichen). Evaluiert der Stadtrat diesen und auf welche Weise wird er darüber berichten?
16. Der Stadtrat hat im Rahmen des Bewilligungsprozesses viele Auflagen an die Veranstalter gestellt. Sieht der Stadtrat im Nachhinein sämtliche Auflagen als erfüllt an? Wir bitten um eine detaillierte Stellungnahme zu sämtlichen Auflagen.

17. Welches Fazit zieht der Stadtrat aus dem Rahmenprogramm „more than a race“? Welche inhaltlichen Botschaften wurden den Besucher*innen des Events in Bezug auf die Elektromobilität vermittelt?
18. Im Vorfeld des Rennens wurde bekannt, dass trotz der Auflage, dass keine Bäume gefällt werden dürfen, im Start-/Zielbereich am 28. Mai 2018 ein Baum gefällt wurde. Aus welchen Gründen hat der Stadtrat dennoch von der Auflage, dass keine Bäume gefällt werden dürfen, abgesehen? Aus welchen Gründen erfolgte die Kommunikation erst nachdem der Baum bereits gefällt war?
19. Welche Leistungen von Dienstabteilungen der Stadt Zürich wurden effektiv für das Rennen geleistet? Wir bitten um eine vollständige Auflistung der geleisteten Arbeiten nach Dienstabteilung und unter Angabe der finanziellen Aufwände dafür. Werden sich die Kosten für allfällige künftige Durchführungen eines solchen Rennens ebenfalls in dieser Höhe belaufen?
20. Wurden sämtliche Aufwendungen der Stadtkasse durch die Veranstalter beglichen? Wenn nein, weshalb nicht?
21. Wird auch in Zukunft ein zentraler Bewilligungsfaktor sei, dass die Veranstalter sämtliche Durchführungskosten tragen werden?
22. Wie stellt sich der Stadtrat zur Problematik, dass private Sponsoren mit Millionen von Franken den öffentlichen Raum für mehrere Wochen belegen können?
23. Hat eine Evaluation der Erfahrungen aus der Durchführung des Rennens stattgefunden? Wenn ja, mit welchen Stellen und was waren die Ergebnisse?
24. Inwiefern wurden im Nachhinein Gespräche mit den Organisatoren geführt? Was war der Inhalt der Gespräche und deren Fazit?

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

121. 2018/222

Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom 13.06.2018:

Qualität in den Kindertagesstätten, Umfang der Kontrollen durch die Krippenaufsicht und dabei geprüfte Qualitätsanforderungen sowie mögliche Sanktionsmöglichkeiten bei festgestellten Mängeln

Von Anjushka Früh (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist am 13. Juni 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Nach wie vor besteht in der Stadt Zürich ein grosser Bedarf an familienexternen Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten. Die betreuten Kinder verbringen 11 oder mehr Stunden pro Tag in den Kindertagesstätten. Eine qualitativ hochstehende Betreuung und altersentsprechende Förderung der Kinder ist daher unabdingbar. Im kürzlich veröffentlichten Report Kinderbetreuung für das Jahr 2017 wird das Thema Qualität nur rudimentär behandelt. Auch sind Informationen zur Sicherung der Qualität, die der Krippenaufsicht obliegt, öffentlich kaum zugänglich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Kontrollen in wie vielen Kindertagesstätten führt die Krippenaufsicht pro Jahr durch? Welche Ressourcen wurden dafür pro Jahr eingesetzt? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der letzten 5 Jahre; die Zahlen sind zudem in ein Verhältnis zum Wachstum der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten zu stellen.
2. Welche Mängel wurden bei diesen Kontrollen festgestellt? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der letzten 5 Jahre.
3. Gibt es erhebliche Veränderungen, die bei den Kontrollen in den letzten Jahren festgestellt wurden?
4. In welcher Regelmässigkeit werden die einzelnen Kindertagesstätten effektiv kontrolliert? Gestützt auf welche Erkenntnisse wurde dieser Kontrollintervall festgelegt?
5. Was sind die Kriterien resp. Qualitätsanforderungen, die durch die Krippenaufsicht in den Kontrollen überprüft werden? Wir bitten um eine detaillierte Auflistung.

6. Wie wurden diese Kriterien resp. Qualitätsanforderungen definiert? Worauf stützen sich diese? Wie werden diese überprüft und allenfalls angepasst?
7. Wie sichert der Stadtrat eine gute Betreuung und Förderung, die über Minimalstandards hinausgeht?
8. Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat, um die Qualität in Kindertagesstätten zu fördern und Problemstellungen, die in den Kontrollen wiederholt angetroffen werden, zu beheben?
9. Welche Sanktionsmöglichkeiten bestehen seitens der Krippenaufsicht? Wie erfolgreich sind diese? Gibt es Kindertagesstätten, die wegen denselben Mängeln mehrmals gerügt werden?
10. Welche Sanktionen wurden in den letzten 5 Jahren aus welchen Gründen ausgesprochen? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung.
11. Werden auch unangemeldete Kontrollen durchgeführt? Falls nein, weshalb nicht?
12. Falls bisher keine unangemeldeten Kontrollen durchgeführt werden: Zieht der Stadtrat in Betracht, künftig auch unangemeldete Kontrollen durchzuführen? Falls nein, weshalb nicht?
13. Wie wird sichergestellt, dass die Kinder zu jeder Zeit durch genügend qualifiziertes Personal betreut werden und der vorausgesetzte Betreuungsschlüssel nicht nur während den Kontrollen der Krippenaufsicht, sondern immer zu 100 % eingehalten wird?
14. Wie wird darauf reagiert, wenn der vorgegebene Betreuungsschlüssel nicht eingehalten wird? Bei einer erstmaligen Nichteinhaltung und im Wiederholungsfall?
15. Der jährlich erscheinende Report Kinderbetreuung enthält keine Informationen zur Krippenaufsicht. Wieso? Ist geplant, die Krippenaufsicht in Zukunft in den Report Kinderbetreuung aufzunehmen? Wenn nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

122. 2018/223

Schriftliche Anfrage von Dubravko Sinovcic (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 13.06.2018:

Erwärmung des städtischen Untergrunds als Folge umgesetzter Geothermieprojekte, Möglichkeiten zur Unterstützung der Forschung bezüglich dieser Problematik und zur Überwachung der Temperaturentwicklung sowie Einfluss der Erkenntnisse auf die Bewilligung neuer Projekte

Von Dubravko Sinovcic (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 13. Juni 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der NZZ am Sonntag vom 13. Mai 2018 war unter dem Titel «Es brodelt in Zürichs Untergrund» über Forschungsergebnisse des ehemaligen ETH-Wissenschaftlers Peter Bayer zur Problematik der Erwärmung des Untergrundes in städtischen Gebieten zu lesen. Wegen der Geothermie steigt in den Städten die Temperatur des Grundwassers. Unter dem Parkhaus Urania in Zürich wurden bis zu 26 Grad Celsius gemessen. Auch die hohen Temperaturschwankungen, welche von der Geothermie verursacht werden, könnten Auswirkungen auf Lebewesen und Mikroorganismen haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von dieser Problematik? Wie schätzt der Stadtrat die Ernsthaftigkeit dieses Problems ein?
2. Unterstützt die Stadt Forschungsprojekte zu dieser Thematik? Oder sind Projekte geplant? Wenn ja welche Projekte sind dies und in welchem Zeithorizont ist mit Resultaten zu rechnen?
3. Wird die Temperatur des Untergrundes in der Stadt Zürich überwacht? Falls ja, geschieht dies periodisch oder ständig, und wer führt diese Kontrollen durch?
4. Gibt es bezüglich der Erwärmung des Untergrundes Grenzwerte? Welche Auswirkungen kann eine Erwärmung des Grundwassers haben bzw. welche sind bekannt?
5. Wie ist in der Stadt Zürich die Praxis bezüglich der Bewilligung von Geothermieprojekten, im speziellen bei Grundwasserwärmepumpen? Werden diese aufgrund der Erwärmung des Untergrundes in gewissen Gebieten restriktiv gehandhabt?

Mitteilung an den Stadtrat

123. 2018/224

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 13.06.2018:

Ladestationen für Elektroautos, Hintergründe zur geschenkten Ladestation der Firma ABB und rechtliche Grundlagen betreffend dem Aufstellen solcher Stationen auf öffentlichem Grund sowie Beitrag der Elektroautos zu den Zielen von Stadtverkehr 2025

Von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) ist am 13. Juni 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am vergangenen Wochenende soll die Firma ABB der Stadt Zürich Schnellladestationen für elektrisch angetriebene Autos geschenkt haben. Das Präsent wurde denn auch sofort mit einem grossformatigen Inserat in den Printmedien beworben. Auffällig am Inserat war, dass die Stadt Zürich quasi als menschenleer dargestellt wird, in der es genügend Platz für noch mehr Autos, noch mehr Parkplätze oder auch Ladestationen hat. Um die Ladestationen mit einem anständigen Züri-Touch zu versehen wurden flugs drei (zum Glück vorerst nur virtuelle) Parkplätze auf der Gemüsebrücke aufgemalt, einer davon war mit der besagten Ladestation ausgerüstet.

Nun ist die ABB kein Wohltätigkeitsverein, sondern ein gewinnorientiertes Unternehmen. Es ist davon auszugehen, dass diese Ladestationen nicht in einem drögen Gewerbegebiet aufgestellt werden sollen, sondern dass diese möglichst prominent im öffentlichen Raum platziert werden, um die Werbewirkung zu maximieren.

Im Zusammenhang mit den Ladestationen und der Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch Private stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie umfangreich ist das Geschenk der ABB? Sind neben den eigentlichen Ladestationen auch die zum Teil sehr aufwändigen Tiefbauarbeiten zur Stromversorgung der Stationen, die Unterhaltsarbeiten und weitere Aufwendungen Bestandteil des Geschenkes?
2. ExpertInnen gehen davon aus, dass die Elektroautos nur dann einen, wenn auch kleinen, positiven Effekt im CO₂-Bereich bewirken, wenn der Strom vollumfänglich aus erneuerbaren Energien stammt. Ist im Geschenk der Ladestationen deshalb auch ein so grosser Zubau von erneuerbaren Energien enthalten, damit die gesamte Stromabgabe für diese Ladestationen aus erneuerbaren Energien garantiert ist?
3. Welchen Beitrag leisten diese Ladestationen zur Erreichung der Ziele von Stadtverkehr 2025 in den entsprechenden Teilzielen (Modalsplit von ÖV, Fuss- und Veloverkehr erhöhen; Angebot und Attraktivität des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs verbessern; Kapazität für den MIV nicht erhöhen; 2000-Watt-Gesellschaft im Bereich Mobilität umsetzen; Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs schützen; Qualität des öffentlichen Raums steigern)?
4. Um die Werbewirkung der Ladestationen hervorzuheben, schlägt die ABB das Aufstellen einer solchen Ladestation auf der Gemüsebrücke vor, dort also, wo noch nie ein Parkplatz vorhanden war. Wie beurteilt der Stadtrat diesen Standort?
5. Ist das Aufstellen solcher Ladestationen auf öffentlichem Grund mit den bestehenden rechtlichen Grundlagen überhaupt zulässig und welche rechtlichen Grundlagen müssten geändert werden, damit der Einsatz von Ladestationen auf öffentlichen Strassenparkplätzen möglich wäre?
6. Falls der Einsatz dieser Ladestationen auf öffentlichen Strassenparkplätzen nicht möglich ist, wo sieht der Stadtrat die Möglichkeit, dieses Geschenk aufzustellen?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenn t n i s n a h m e n

- 124. 2018/114**
Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Peter Schick (SVP) vom 14.03.2018:
Unbewilligte Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Auftritt von Steve Bannon und dem internationalen Frauenkampftag, Gründe für die Duldung der Demonstrationen und Angaben über die Beurteilung der Unverhältnismässigkeit für ein Einschreiten der Polizei

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 443 vom 30. Mai 2018).

- 125. 2016/427**
Weisung vom 07.12.2016:
Tiefbauamt, Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz», Ablehnung und Gegen-
vorschlag

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» und Gegenvorschlag des Gemeinderats

Volksinitiative

27 991 Ja 58 289 Nein

Gegenvorschlag

52 352 Ja 32 722 Nein

Der Gegenvorschlag wurde der Initiative vorgezogen.

- 126. 2016/454**
Weisung vom 21.12.2016:
Grün Stadt Zürich, neues Gartenareal Dunkelhölzli mit Erneuerung des Wirt-
schaftsgebäudes, Bachöffnung, Hochwasserschutz, Archäologie Objektkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Gartenareal Dunkelhölzli mit Erneuerung Wirtschaftsgebäude, Bachöffnung, Hochwasserschutz, Objektkredit von 10,51 Millionen Franken

60 391 Ja 22 601 Nein

127. 2017/161**Weisung vom 05.07.2017:****Liegenschaftenverwaltung und Immobilien Stadt Zürich, neue kommunale Wohnsiedlung «Herdern», Quartier Aussersihl, sowie Energie-Contracting, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Neue kommunale Wohnsiedlung Herdern, Quartier Aussersihl, sowie Energie-Contracting, Objektkredit von 28,565 Millionen Franken

61 517 Ja 20 882 Nein

128. 2017/206**Weisung vom 28.06.2017:****Immobilien Stadt Zürich, Bürogebäude Eggbühlstrasse 21/23/25, Quartier Seebach, Instandsetzung und bauliche Anpassungen für die städtische Verwaltung, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit und Erhöhung Projektierungskredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Bürogebäude Eggbühlstrasse 21/23/25, Quartier Seebach, Instandsetzung und bauliche Anpassungen für die städtische Verwaltung, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 119,063 Millionen Franken

59 198 Ja 22 220 Nein

129. 2017/207**Weisung vom 28.06.2017:****Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 82,37358 Millionen Franken

66 406 Ja 14 745 Nein

130. 2017/283**Weisung vom 30.08.2017:****Schulamt, Pilotphase II des städtischen Pilotprojekts mit gebundenen Tagesschulen an der Volksschule, Tagesschule 2025, Objektkredit für 2018–2022**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Tagesschule 2025: Pilotphase II des städtischen Pilotprojekts mit gebundenen Tagesschulen an der Volksschule, Objektkredit von 74,57 Millionen Franken für die Jahre 2018–2022

66 539 Ja 19 558 Nein

131. 2017/294**Weisung vom 06.09.2017:****Immobilien Stadt Zürich und Verkehrsbetriebe, Areal Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Quartier Aussersihl, Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof, Übertragung des Grundstücks ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Areal Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Quartier Aussersihl, Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof, Übertragung des Grundstücks vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 57,44 Millionen Franken

68 443 Ja 13 353 Nein

132. 2017/322**Weisung vom 20.09.2017:****Immobilien Stadt Zürich, Ausbildungszentrum Rohwiesen, Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Integration einer Sporthalle für die Schule Auzelg, Objektkredit, Abschreibung eines Postulats**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Ausbildungszentrum Rohwiesen, Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Integration Sporthalle für die Schule Auzelg, Objektkredit von 118,84 Millionen Franken

70 281 Ja 11 940 Nein

133. 2017/331**Weisung vom 27.09.2017:****Liegenschaftenverwaltung, Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal, Quartiere Albisrieden/Altstetten, Übertragung der Wohnbaufelder ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit; Genehmigung Projektierungskredit (Eventualverpflichtung)**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal, Quartiere Albisrieden/Altstetten, Übertragung der Wohnbaufelder vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 35,126388 Millionen Franken und Genehmigung Projektierungskredit (Eventualverpflichtung) von 6,887 Millionen Franken

62 505 Ja 23 527 Nein

134. 2017/332**Weisung vom 27.09.2017:****Finanzdepartement, Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal», Gültigkeit und Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 10. Juni 2018 über folgende Vorlage entschieden:

Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal»

29 722 Ja 55 435 Nein

Nächste Sitzung: 20. Juni 2018, 17 Uhr.